

Das Land als politische Handlungsebene

Meinungen und Einstellungen der
Bürger in Nordrhein-Westfalen
zum Föderalismus, zur Rolle des
Landtags und zur Landespolitik

17. Mai 2013
q3419/28243 Gü/Le

Max-Beer-Str. 2/4
10119 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1. Identifikation mit Nordrhein-Westfalen	3
2. Interesse für das politische Geschehen	4
3. Informationen über die Landespolitik	6
4. Vertrauen in Institutionen	9
5. Generelle Einstellungen zum politischen System	15
6. Wahrnehmung des Landtags Nordrhein-Westfalen	19
7. Der Landtag: Aufgaben und Einfluss	27
8. Bekanntheit politischer Akteure	30
9. Meinungen zum Föderalismus	35
10. Interessensvertretung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft	37
11. Zusammenfassung	39

Vorbemerkung

1990 hat forsa im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung durchgeführt um herauszufinden, welche Einstellungen die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zu Föderalismus, zur damaligen Europäischen Gemeinschaft, zur Landespolitik und zur Rolle des Landtags im gesamten politischen System haben.

Diese Untersuchung wurde im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen 2013 im Kern wiederholt.

Soweit möglich und sinnvoll wurden die bereits 1990 verwendeten Fragestellungen wieder verwendet. Dadurch ist es möglich festzustellen, ob und in welchem Umfang in den letzten zwei Jahrzehnten Veränderungen in den Meinungen und Einstellungen der Bürger zur politischen Ebene und zur Arbeit des Landtags eingetreten sind.

Befragt wurden 2013 1.001 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen, die mithilfe eines systematischen Zufallsverfahrens für die Befragung ausgewählt wurden. Somit stellen die ausgewählten Befragten einen repräsentativen Querschnitt der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen dar.

Die Erhebung wurde vom 17. bis 30. April 2013 mithilfe computergestützter Telefoninterviews vom forsa-eigenen Telefonstudio in Dortmund aus durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen übertragen werden.

1. Identifikation mit Nordrhein-Westfalen

Die Frage, ob man gerne in einem Bundesland wohnt, ist ein einfacher, aber sehr aussagekräftiger Indikator für die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Land, denn in die Beantwortung dieser Frage gehen vielfältige Aspekte ein.

Wenn auf diese Frage 80 Prozent der Bürger von Nordrhein-Westfalen angeben, gerne in Nordrhein-Westfalen zu leben, ist dies ein Wert, der über dem durchschnittlichen Zufriedenheitswert von ca. 75 Prozent liegt und der auf eine recht hohe Identifikation der Bürger von Nordrhein-Westfalen mit ihrem Bundesland hindeutet.

▪ Wohnzufriedenheit

	Es leben gerne in Nordrhein-Westfalen %
insgesamt	80
18- bis 29-Jährige	83
30- bis 44-Jährige	77
45- bis 59-Jährige	79
60 Jahre und älter	82
Arbeiter	76
Angestellte	79
Beamte	69
Selbständige	79
Rentner	81

2. Interesse für das politische Geschehen

53 Prozent der Bürger von Nordrhein-Westfalen geben an, sich für das politische Geschehen in ihrem Bundesland zu interessieren. 47 Prozent interessieren sich weniger stark oder überhaupt nicht für das politische Geschehen in Nordrhein-Westfalen.

Der Grad des Interesses für das bundespolitische Geschehen ist etwas höher als der für das landespolitische Geschehen: So haben 67 Prozent der Nordrhein-Westfalen nach eigenen Angaben ein starkes Interesse an dem politischen Geschehen in Deutschland, lediglich 33 Prozent interessieren sich hierfür nicht.

Unabhängig der politischen Ebene zeigen über 45-Jährige, Beamte, Selbstständige und Rentner das größte Interesse am politischen Geschehen im Land und im Bund.

- **Interesse für das politische Geschehen**

	Es interessieren sich für das politische Geschehen			
	in Nordrhein-Westfalen		in Deutschland	
	stark %	weniger stark %	stark %	weniger stark %
insgesamt	53	47	67	33
18- bis 29-Jährige	30	70	52	48
30- bis 44-Jährige	44	56	60	40
45- bis 59-Jährige	61	39	74	26
60 Jahre und älter	66	34	76	24
Arbeiter	31	69	47	53
Angestellte	54	56	70	30
Beamte	77	23	81	19
Selbständige	63	37	76	24
Rentner	63	37	73	27

Die Bürger unterscheiden sehr deutlich zwischen den einzelnen Politik-ebenen – Gemeinde, Land, Bund und Europa. Das zeigt sich seit jeher schon am sehr unterschiedlichen Wahlverhalten bei Landtags-, Kommunal-, Bundestags- bzw. Europawahlen.

Angesichts der Bedeutung der Bundespolitik bringen die Bürger in Nordrhein-Westfalen auch 2013 (wie schon 1990) der Bundespolitik das größte Interesse entgegen, gefolgt von der Gemeinde- und Europapolitik.

Für das politische Geschehen auf Landesebene interessieren sich mit 13 Prozent die wenigsten Bürger.

Das Interesse an der Landespolitik ist bei Beamten und Selbständigen etwas höher als im Durchschnitt aller Bürger.

▪ **Interesse für verschiedene Politikebenen**

Es interessieren am meisten für

	Landes- politik %	Gemeinde- politik %	Bundes- politik %	Europäische *) Politik %
insgesamt	13	22	40	17
18- bis 29-Jährige	11	14	30	34
30- bis 44-Jährige	11	28	41	12
45- bis 59-Jährige	14	23	45	14
60 Jahre und älter	16	23	40	14
Arbeiter	12	31	28	19
Angestellte	12	15	48	19
Beamte	24	17	45	13
Selbständige	20	18	46	8
Rentner	16	25	38	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine davon“

3. Informationen über die Landespolitik

2013 wurde ebenso wie 1990 ermittelt, wie sich die Bürger in Nordrhein-Westfalen über das landespolitische Geschehen informieren.

Es zeigt sich, dass manche Informationsgewohnheiten weitgehend unverändert geblieben sind, während einige Medien an Einfluss verloren, andere Medien an Einfluss gewonnen haben.

Weniger als 1990 wird 2013 das Fernsehen als Informationsquelle für die Landespolitik genutzt. Ob das an sich ändernden Kommunikationsgewohnheiten oder an der Qualität des TV-Angebots im Land liegt, kann anhand der vorliegenden Daten nicht gesagt werden.

Zugenommen hat die Bedeutung des Hörfunks. Hierzu mag die 2013 im Vergleich zu 1990 größere Programmvielfalt beigetragen haben.

Trotz sinkender Auflagenzahlen und trotz einem im Vergleich zu anderen Bundesländern eher spärlichen Anteils der Landespolitik in der Berichterstattung der Zeitungen, ist die Bedeutung der Zeitung in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gesunken. Allerdings kann hier keine Aussage darüber getroffen werden, inwieweit sich die Nutzung der Zeitung von der reinen Print-Ausgabe hin zu digitalen Angeboten verschoben hat.

Für eine starke Nutzung digitaler Angebote der Verlage spricht aber, dass fast die Hälfte aller Bürger in Nordrhein-Westfalen inzwischen auch das Internet als Medium nutzt, um etwas über das Geschehen im Land zu erfahren.

Der im Vergleich zu 1990 höhere Nutzungsgrad von Wochenzeitungen und Illustrierten deutet ebenfalls darauf hin, dass die Print-Medien trotz aller Schwierigkeiten etwa im Anzeigenverkauf für die Bürger immer noch eine wichtige Rolle spielen.

Eine wichtigere Rolle als 1990 spielen 2013 für die Informationsvermittlung landespolitischer Themen auch die persönlichen Gespräche mit Freunden und Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen. Dass 2013 trotz des Aufkommens des neuen digitalen Mediums Internet deutlich mehr Befragte als 1990 angeben, sich durch personale Kommunikation über das landespolitische Geschehen zu informieren, ist ein recht bemerkenswerter Befund.

Während Informationsmaterial des Landes 2013 etwas häufiger als 1990 genutzt wird, ist die Nutzung von Material der Parteien und Politiker analog des generellen Vertrauensschwunds in die Politik etwas geringer geworden.

▪ **Landespolitische Informationsquellen: 1990 und 2013**

Es erfahren in erster Linie etwas über die Landespolitik durch...	1990	2013 *)
	<u>%</u>	<u>%</u>
Fernsehen	79	69
Hörfunk	35	59
lokale Zeitung	77 **)	66
überregionale Zeitung	-	35
Wochenzeitungen, Illustrierte	13	22
Internet	-	49
persönliche Gespräche	26	40
Informationsmaterial des Landes	7	10
Informationsmaterial der Parteien, Fraktionen und Abgeordneten	10	6

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

**) 1990 wurde nicht zwischen lokaler und überregionaler Zeitung unterschieden

Bei der Nutzung der verschiedenen Informationsquellen zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen der Bevölkerung. So werden Fernsehen und die lokale Zeitung von den älteren Bürgern deutlich häufiger genutzt als von den jüngeren. Beim Hörfunk und den überregionalen Zeitungen sowie bei der personalen Kommunikation sind die Unterschiede nicht so ausgeprägt.

▪ Landespolitische Informationsquellen nach Alter

	insge-*) samt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Fernsehen	69	52	65	70	80
Hörfunk	59	56	64	64	50
lokale Zeitung	66	49	59	72	75
überregionale Zeitung	35	21	39	37	37
Wochenzeitungen, Illustrierte	22	30	21	18	21
Internet	49	68	67	51	24
persönliche Gespräche	40	37	54	40	31
Informationsmaterial des Landes	10	9	11	9	10
Informationsmaterial der Parteien, Fraktionen und Abgeordneten	6	3	4	7	8

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

4. Vertrauen in Institutionen

Die vorliegende Untersuchung bestätigt Befunde bundesweiter Untersuchungen, nach denen von den politischen Institutionen die Exekutive auf lokaler Ebene (Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung) bei den Bürgern das höchste Vertrauen genießt.

Danach folgen die Exekutive auf Landes- und Bundesebene (Landes- bzw. Bundesregierung) bzw. die Legislative (Land- bzw. Bundestag).

Die politischen Parteien genießen auch bei den Bürgern in Nordrhein-Westfalen das geringste Vertrauen.

Von den Medien genießt der Hörfunk das höchste, das Fernsehen das geringste Vertrauen. Nur das Vertrauen zu den politischen Parteien ist noch geringer als das zum Fernsehen. Das Vertrauen zu allen anderen politischen Institutionen aber ist größer als das zum Fernsehen.

Das Vertrauen zum Fernsehen ist bei den jüngeren Bürgern des Landes (18- bis 29-Jährige) noch deutlich niedriger als im Durchschnitt aller Bürger. Beim Vertrauen zum Hörfunk zeigt sich dieser Unterschied nicht, während das Vertrauen zum Medium Zeitung bei den Jüngeren sogar überdurchschnittlich hoch ist.

Jüngere haben auch überdurchschnittlich hohes Vertrauen zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, zur Landesregierung sowie zum Land- und Bundestag.

▪ Vertrauen in Institutionen

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum):	insge- samt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
Stadt- und Gemeindeverwaltung	48	60	49	45	45
Landesregierung	42	53	37	41	40
Bundesregierung	41	44	42	35	42
Landtag	39	54	35	39	34
Bundestag	39	48	38	35	39
politischen Parteien	16	17	13	15	18
Hörfunk	61	62	62	64	58
Presse	48	58	52	44	43
Fernsehen	35	24	33	37	40

Das Vertrauen in die einzelnen politischen Institutionen wird zum Teil deutlich von der parteipolitischen Orientierung der Bürger überlagert. So haben Anhänger der SPD und der Grünen sowohl zur Landesregierung aber auch zum Landtag ein deutlich größeres Vertrauen als die Anhänger der derzeitigen Oppositionsparteien im Landtag (CDU, FDP und Piraten).

Beim Vertrauen zur Bundesregierung ist es umgekehrt: Hier ist das Vertrauen der Anhänger der CDU und der FDP deutlich höher als das der Anhänger der Berliner Oppositionsparteien SPD und Grüne.

Beim Vertrauen zum Bundestag sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteianhängern nicht so ausgeprägt.

Beim Vertrauen zu den einzelnen Medien finden sich ebenfalls nicht so starke Abweichungen wie bei einigen politischen Institutionen. Nur die Anhänger der Grünen haben zum Hörfunk und zur Zeitung ein deutlich größeres Vertrauen als die Anhänger der anderen Parteien.

Das Vertrauen derjenigen, die sich an Wahlen nicht mehr beteiligen, ist vor allem zu den politischen Institutionen deutlich geringer als das der Anhänger von SPD, CDU, Grünen und FDP. Lediglich die Anhänger der Piraten haben zu manchen politischen Institutionen ein noch geringeres Vertrauen.

▪ **Vertrauen in Institutionen**

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum):	Anhänger der:					Nicht- wähler
	SPD %	Grünen %	CDU %	FDP %	Piraten %	
Stadt- und Gemeindeverwaltung	54	54	52	54	19	39
Landesregierung	64	62	33	24	27	14
Bundesregierung	37	29	62	55	7	21
Landtag	58	55	37	36	23	21
Bundestag	41	49	52	39	23	18
politischen Parteien	19	25	17	11	10	3
Hörfunk	63	85	63	75	72	36
Presse	53	71	48	50	60	37
Fernsehen	32	42	43	41	47	29

Der Grad des Vertrauens zu den einzelnen Institutionen wird kaum von den für landespolitische Ereignisse genutzten Informationsquellen beeinflusst. Lediglich das Vertrauen zur lokalen Politikebene ist bei denjenigen, die das Fernsehen als hauptsächliche Informationsquelle nutzen, geringer als bei denen, die sich über Zeitungen, den Hörfunk, das Internet oder persönliche Gespräche informieren.

▪ **Vertrauen in Institutionen**

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum):	insge- samt %	Wichtigste Informationsquelle:				
		Fern- sehen %	Hörfunk %	lokale Zeitung %	Internet %	persönliche Gespräche %
Stadt- und Gemeindeverwaltung	48	45	50	49	50	49
Landesregierung	42	41	40	42	42	42
Bundesregierung	41	41	42	42	40	38
Landtag	39	38	40	42	42	42
Bundestag	39	40	41	40	39	36
politischen Parteien	16	16	15	14	13	17
Hörfunk	61	60	71	63	63	62
Presse	48	48	49	50	52	46
Fernsehen	35	43	36	36	31	36

Starke Unterschiede im Vertrauen zu den politischen Institutionen finden sich zwischen denen, die sich stark und weniger stark für das Geschehen im Land Nordrhein-Westfalen interessieren und zwischen denjenigen, die mit der Politik zufrieden bzw. nicht zufrieden sind. Befragte, die sich für das Geschehen im Land nicht so sehr interessieren, vor allem aber die mit der gegenwärtigen Politik wenig Zufriedenen haben ein deutlich geringeres Vertrauen als diejenigen, die sich für das Geschehen in Nordrhein-Westfalen interessieren bzw. mit der Politik zufrieden sind.

Beim Vertrauen zu den einzelnen Medien sind diese Unterschiede nicht so ausgeprägt wie bei den politischen Institutionen.

▪ **Vertrauen in Institutionen**

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum):	Interesse an NRW-Politik:		Mit Politik zufrieden:	
	stark %	weniger stark %	ja %	nein %
Stadt- und Gemeindeverwaltung	51	45	59	41
Landesregierung	47	35	51	36
Bundesregierung	45	35	64	24
Landtag	46	31	52	31
Bundestag	41	31	59	27
politischen Parteien	18	13	25	11
Hörfunk	65	56	66	57
Presse	50	47	56	44
Fernsehen	37	32	41	31

In der nachfolgenden Übersicht wird das Vertrauen, das die einzelnen Bevölkerungs- und Wählergruppen in Nordrhein-Westfalen ihrem Landtag gegenüber haben, noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Neben den schon dargestellten Unterschieden zwischen den einzelnen Altersgruppen (18- bis 29-Jährige haben das höchste Vertrauen zum Landtag) und Wählergruppen (das Vertrauen der Anhänger der SPD und Grünen ist höher als das der Anhänger der CDU, FDP und Piraten) sowie zwischen den Nutzern der einzelnen Informationsquellen (das Vertrauen der TV-Nutzer zum Landtag ist am geringsten) zeigen sich weitere Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen der Erwerbstätigen (das Vertrauen der Selbständigen ist deutlich geringer als das der anderen Erwerbstätigen) und zwischen den Bildungsgruppen (Hauptschulabsolventen haben ein deutlich geringeres Vertrauen als die anderen Bildungsgruppen).

Diejenigen, die schon einmal etwas über die Arbeit des Landtags gehört haben, haben ebenso wie diejenigen, die schon einmal den Landtag besucht haben, ein höheres Vertrauen zum Landtag als diejenigen, die noch nichts über den Landtag gehört bzw. ihn auch noch nicht besucht haben.

▪ **Vertrauen zum Landtag**

	Es haben großes Vertrauen zum Landtag
	%
insgesamt	39
18- bis 29-Jährige	54
30- bis 44-Jährige	35
45- bis 59-Jährige	39
60 Jahre und älter	34
Arbeiter	39
Angestellte	40
Beamte	43
Selbständige	25
Rentner	33
Hauptschule	28
mittlerer Abschluss	35
Abitur, Hochschulstudium	42
genutzte Informationsquellen:	
- Fernsehen	38
- Hörfunk	40
- lokale Zeitung	42
- Internet	42
- persönliche Gespräche	42
Nichtwähler	21
Interesse an Landespolitik:	
stark	46
weniger stark	31
Mit Politik zufrieden:	
ja	52
nein	31
Etwas über Landtag gehört:	
ja	42
nein	37
Besuch des Landtags:	
ja	42
nein	38

5. Generelle Einstellungen zum politischen System

Die Demokratie als Regierungsform hält die große Mehrheit der Bundesbürger – wie eine Reihe von Studien belegen – für eine gute Regierungsform. Das gilt auch für die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung in Nordrhein-Westfalen befragten Bürger. Kaum jemand (9 %) hält die Demokratie für eine nicht so gute Regierungsform.

Damit bestätigen auch die Befunde der vorliegenden Untersuchung in Nordrhein-Westfalen, dass der zweite Versuch, die Demokratie in Deutschland zu etablieren – anders als in der Weimarer Republik – dauerhaft gelungen ist. So gut wie alle Bundesbürger sehen zum System der Demokratie keine Alternative.

■ Meinungen zur Regierungsform der Demokratie

	Die Demokratie halten für eine gute Regierungsform	
	ja %	nein *) %
insgesamt	89	9
18- bis 29-Jährige	90	7
30- bis 44-Jährige	86	14
45- bis 59-Jährige	90	9
60 Jahre und älter	91	7
Arbeiter	84	16
Angestellte	91	9
Beamte	98	2
Selbständige	93	7
Rentner	90	9
mit Politik zufrieden:		
- ja	94	5
- nein	87	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Allerdings sind bei aller Akzeptanz des politischen Systems an sich mit der Politik, so wie sie zur Zeit stattfindet, nur 38 Prozent der Bürger zufrieden. 61 Prozent sind nicht so zufrieden oder sogar unzufrieden.

Zufriedener als der Durchschnitt aller Befragten sind die jüngeren, 18- bis 29-jährigen Nordrhein-Westfalen mit der Politik, so wie sie in Deutschland derzeit praktiziert wird. Überdurchschnittlich unzufrieden sind die Arbeiter und Selbständigen an Rhein und Ruhr.

▪ Zufriedenheit mit der Politik

	Mit der Politik, so wie sie zur Zeit stattfindet, sind	
	zufrieden	nicht so zufrieden *) bzw. unzufrieden
	_____ %	_____ %
insgesamt	38	61
18- bis 29-Jährige	47	49
30- bis 44-Jährige	32	67
45- bis 59-Jährige	35	64
60 Jahre und älter	38	61
Arbeiter	29	71
Angestellte	38	62
Beamte	38	59
Selbständige	34	67
Rentner	38	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Den befragten Bürgern wurden drei verschiedene Aussagen zu Ausgestaltungsmöglichkeiten des politischen Systems in Deutschland vorgegeben mit der Bitte anzugeben, welcher der Aussagen sie am ehesten zustimmen.

Fast die Hälfte der Befragten (49 %) gibt an, für mehr direkte Demokratie zu sein, also dafür, dass möglichst viele politische Entscheidungen vom Volk selbst getroffen werden.

36 Prozent sprechen sich für die repräsentative Demokratie aus, die ihrer Ansicht nach aber durch mehr Elemente direkter Demokratie ergänzt werden sollte.

14 Prozent finden es richtig, dass das Volk das Parlament wählt, aber dann das Parlament die politischen Entscheidungen allein trifft.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss allerdings beachtet werden, dass die Bürger generell Angeboten von mehr direkter Demokratie positiv gegenüberstehen, sich dies aber nicht in einer entsprechenden Beteiligung niederschlägt, wenn diese Angebote von mehr direkter Demokratie auch tatsächlich angeboten werden. So ist die Wahlbeteiligung bei Direktwahlen des Stadtoberhaupts oder bei Volksabstimmungen etc. in aller Regel extrem gering.

▪ Meinungen zur Ausgestaltung des politischen Systems

	Ich bin für mehr direkte Demokratie, also dafür, dass möglichst viele politische Entscheidungen vom Volk selbst getroffen werden.	Ich bin für die repräsentative Demokratie, sie sollte aber durch mehr Elemente direkter Demokratie ergänzt werden.	Ich finde es richtig, dass *) das Volk das Parlament wählt, aber dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft.
	%	%	%
insgesamt	49	36	14
18- bis 29-Jährige	38	39	23
30- bis 44-Jährige	55	34	10
45- bis 59-Jährige	50	38	11
60 Jahre und älter	47	34	16
Arbeiter	57	37	6
Angestellte	44	42	13
Beamte	24	56	20
Selbständige	46	34	18
Rentner	50	33	14
Hauptschule	59	24	12
mittlerer Abschluss	63	31	6
Abitur, Studium	38	43	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „nichts davon“

6. Wahrnehmung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Über die Arbeit des Landtags haben 43 Prozent der Nordrhein-Westfalen in letzter Zeit etwas gehört oder gelesen.

Von der Arbeit etwas gehört haben insbesondere über 45-Jährige, Beamte Selbständige, Rentner und Befragte mit großem Interesse für die Landespolitik.

▪ Wahrnehmung der Arbeit des Landtags

	Es haben in der letzten Zeit etwas über die Arbeit des Landtags gehört oder gelesen %
insgesamt	43
18- bis 29-Jährige	15
30- bis 44-Jährige	40
45- bis 59-Jährige	51
60 Jahre und älter	53
Arbeiter	25
Angestellte	45
Beamte	83
Selbständige	56
Rentner	52
Interesse für Landespolitik:	
- stark	62
- weniger stark	21

Von denen, die etwas über die Arbeit des Landtags gehört oder gelesen haben, haben vor allem die Debatten zum Landeshaushalt bzw. über die Finanzen des Landes (23 %) sowie die Diskussion über die Schul- und Bildungspolitik (19 %) wahrgenommen.

▪ **Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den Landtag *)**

	<u>% **)</u>
Landeshaushalt, Finanzen	23
Schul- und Bildungspolitik	19
Sozialpolitik	4
Arbeitsmarktpolitik	4
Umweltpolitik	3
Energiepolitik	3
Ausländerpolitik	2
Regionales, Kommunales	2
Kinderbetreuung, Erziehungswesen	7
Beamtenbesoldung	6
Hannelore Kraft	5
Nichtraucherschutzgesetz	2
Verkehr, Infrastruktur	2
Länderfinanzausgleich	2
allgemeine Themen	4
sonstige Abstimmungen	4
weiß nicht mehr	22

*) Basis: Befragte, die in der letzten Zeit etwas über die Arbeit des Landtags gehört oder gelesen haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Im Jahr 1990 waren noch zwei Drittel (66 %) der Bürger der Ansicht, dass die Medien ausreichend über das Geschehen im Landtag informieren. Dieser Anteil ist in den vergangenen 23 Jahren deutlich zurückgegangen: aktuell ist noch knapp die Hälfte aller Befragten (48 %) der Ansicht, dass die Medien in Nordrhein-Westfalen in ausreichendem Maße über das berichten, was im Landtag passiert. Ebenso viele allerdings (49 %) würden gerne mehr über die Arbeit des Landtags erfahren.

▪ Meinungen zum Ausmaß der Berichterstattung über die Arbeit des Landtags

Die Medien in Nordrhein-Westfalen berichten
ausreichend über das, was im Landtag passiert

		ja	nein, würde gerne mehr erfahren *)
		%	%
insgesamt:	1990	66	30
	2013	48	49
18- bis 29-Jährige		45	49
30- bis 44-Jährige		45	52
45- bis 59-Jährige		48	51
60 Jahre und älter		52	42
Arbeiter		50	48
Angestellte		48	51
Beamte		51	49
Selbständige		60	38
Rentner		54	43

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denjenigen, die gerne mehr über die Arbeit des Landtags erfahren würden, wünschen sich 71 Prozent mehr Informationen über einzelne Politikbereiche - vor allem mehr und detailliertere Informationen zur Finanzpolitik der Landes (20 %) oder zur Bildungs- und Schulpolitik (15 %).

43 Prozent möchten mehr Informationen über die Arbeit des Landtags generell (18 %) oder mehr Hintergrundinformationen oder Auskünfte über Planungsvorhaben bzw. insgesamt mehr Transparenz über das, was der Landtag tut (je 6 %) bzw. die Entscheidungsprozesse im Landtag.

11 Prozent wären allgemein gerne mehr über die politischen Entscheidungen informiert.

25 Prozent wünschen sich mehr Informationen zu „allem“, was die Arbeit des Landtags betrifft.

▪ **Erwünschte Inhalte der Berichterstattung über den Landtag *)**

	<u>% **)</u>
(Offenlegung der) Finanzpolitik	20
Bildungs- und Schulpolitik	15
Arbeitspolitik	7
Sozialpolitik	6
Familienpolitik	6
Wirtschaftspolitik	4
Kommunalpolitik	3
Umweltpolitik	3
Gesundheitspolitik	3
Ausländerpolitik	2
Energiepolitik	2
Arbeit des Landtags generell	18
Hintergrundinformationen	6
Transparenz	6
Planungen, Vorhaben	6
Ablauf/Prozess der Entscheidungsfindung	5
Gesetzgebung	2
alles, allgemeines Geschehen	25

*) Basis: Befragte, die gerne mehr über die Arbeit des Landtags erfahren würden

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

12 Prozent der Bürger in Nordrhein-Westfalen können auf die Frage, welche Parteien im Landtag in Düsseldorf vertreten sind, keine Antwort geben. 1990 waren es 8 Prozent.

Die meisten Nordrhein-Westfalen wissen aber 2013, dass die beiden „großen“ Parteien SPD (86 %) und CDU (80 %) im Landtag vertreten sind. Auch von den Grünen und der FDP weiß die Mehrheit der Bürger im Land (74 bzw. 58 %), dass sie dem Landtag in Düsseldorf angehören.

Nur wenige allerdings (21 %) wissen, dass auch die Piraten nach der Landtagswahl im Mai 2012 den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag geschafft hatten. 15 Prozent glauben irrtümlicherweise, die Linkspartei sei noch im Düsseldorfer Landtag vertreten.

Die größten Wissensdefizite hinsichtlich der vertretenen Parteien im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeigen sich bei den jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürgern, bei den Arbeitern sowie bei denjenigen, die sich nicht für die Landespolitik interessieren.

▪ Informationen über die Zusammensetzung des Landtags

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen sind vertreten

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Piraten	Linke *)	weiß nicht
	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	86	80	74	58	21	15	12
18- bis 29-Jährige	68	69	64	42	24	19	25
30- bis 44-Jährige	79	74	65	49	17	15	19
45- bis 59-Jährige	93	86	79	70	20	12	5
60 Jahre und älter	93	85	81	62	21	15	6
Arbeiter	80	70	61	50	15	11	20
Angestellte	88	84	77	66	19	15	9
Beamte	88	84	77	66	19	15	9
Selbständige	90	87	77	70	34	13	10
Rentner	92	83	80	60	20	15	7
Interesse an Landespolitik:							
- stark	95	90	83	70	27	18	4
- weniger stark	75	69	63	44	14	10	22

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

15 Prozent aller Wahlbürger in Nordrhein-Westfalen wissen nicht, welche Parteien die Landesregierung bilden. 1990 waren es mit 14 Prozent ähnlich viele. Die größten Informationsdefizite zeigen sich wiederum bei den jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürgern, den Arbeitern sowie denjenigen, die kein großes Interesse an der Politik ihres Landes zeigen.

75 Prozent wissen, dass die SPD in der Regierung des Landes beteiligt ist. 61 Prozent wissen es von den Grünen.

15 Prozent glauben irrtümlicherweise, dass die CDU, 6 Prozent, dass die FDP an der Landesregierung beteiligt ist.

Dass die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen durch eine Koalition von SPD und Grünen gebildet wird, wissen insgesamt 60 Prozent, insbesondere die älteren, über 60 Jahre alten Bürger, die Beamten und Selbständigen.

▪ **Parteien der Landesregierung**

	An der Landesregierung sind beteiligt					SPD und Grüne bilden die Landesregierung
	SPD	Grüne	CDU	FDP	weiß nicht	
	%	%	%	%	%	
insgesamt	75	61	15	6	15	60
18- bis 29-Jährige	53	40	22	10	31	40
30- bis 44-Jährige	67	53	18	5	20	50
45- bis 59-Jährige	79	68	16	7	8	66
60 Jahre und älter	88	73	9	3	8	73
Arbeiter	53	33	22	7	30	31
Angestellte	75	62	18	7	12	61
Beamte	92	80	9	0	5	80
Selbständige	86	85	12	6	3	83
Rentner	86	71	10	3	9	71
Interesse an Landespolitik:						
- stark	88	78	11	6	6	76
- weniger stark	59	42	20	5	26	41

22 Prozent der Nordrhein-Westfalen geben an, den Landtag in Düsseldorf schon einmal (15 %) oder sogar mehrmals (7 %) besucht zu haben.

41 Prozent haben den Landtag bisher zwar noch nicht besucht, sind aber daran interessiert. 37 Prozent zeigen kein Interesse an einem Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags in Düsseldorf.

Überdurchschnittlich häufig geben Beamte und Selbständige an, schon einmal den Landtag besucht zu haben.

Im Jahr 1990 hatten 13 Prozent aller Befragten den Landtag schon einmal besucht.

Überdurchschnittlich großes Interesse an einem Besuch des Landtags haben diejenigen, die sich stark für das landespolitische Geschehen interessieren.

▪ **Besuch des Landtags**

Es haben den Landtag von Nordrhein-Westfalen schon einmal besucht

	ja, einmal %	ja, mehrmals %	nein, aber daran interessiert %	nein %
insgesamt	15	7	41	37
18- bis 29-Jährige	10	3	41	46
30- bis 44-Jährige	12	8	39	41
45- bis 59-Jährige	18	6	41	35
60 Jahre und älter	16	9	44	31
Arbeiter	5	0	33	62
Angestellte	17	6	43	34
Beamte	31	9	29	31
Selbständige	19	13	29	39
Rentner	15	8	43	34
Interesse an Landespolitik:				
- stark	19	9	50	22
- weniger stark	9	4	32	55

7. Der Landtag: Aufgaben und Einfluss

1990 hielt die große Mehrheit der Bürger des Landes (79 %) die Vertretung der Bürger gegenüber Regierung und Verwaltungsbürokratie für die wichtigste Aufgabe des Landtags. Die Kontrolle der Landesregierung und der Verwaltung, die Beratung von Gesetzen und die Bildung und Unterstützung der Landesregierung wurden 1990 von deutlich weniger Bürgern (46, 39 bzw. 33 %) als wichtige Aufgaben des Landtags angesehen.

2013 hat sich diese Einschätzung der Bürger deutlich verschoben. Fast gleichrangig werden heute alle vier Aufgaben als wichtig eingestuft: 68 Prozent nennen die Vertretung der Bürger gegenüber Regierung und Verwaltung, 65 Prozent die Bildung und Unterstützung, 62 Prozent die Kontrolle der Landesregierung und 61 Prozent die Beratung von Gesetzen.

Die deutliche Verschiebung in der Einschätzung dürfte sich dadurch ergeben haben, dass nach der Landtagswahl 2010 die Bildung einer Landesregierung viel schwieriger war, als es 1980, 1985 oder 1990 bei der absoluten Mehrheit einer Partei (der SPD) der Fall war, und dass die Kontroversen um wichtige Gesetzesvorhaben (Haushalt, Schulpolitik, etc.) heute größer sind als 25 Jahre zuvor.

▪ Die wichtigsten Aufgaben des Landtags

Die wichtigsten Aufgaben des Landtags sind:

		Vertretung der Bürger gegen- über Regierung und Verwaltung %	Bildung und Unterstützung der Landes- regierung %	Kontrolle der Landesregierung und Verwaltung %	Beratung *) von Gesetzen %
insgesamt:	1990	79	33	46	39
	2013	68	65	62	61
18- bis 29-Jährige		62	68	58	52
30- bis 44-Jährige		68	69	59	62
45- bis 59-Jährige		66	66	66	66
60 Jahre und älter		71	60	64	60
Arbeiter		73	60	65	70
Angestellte		61	66	67	63
Beamte		69	71	70	75
Selbständige		74	80	75	71
Rentner		70	58	61	55
Interesse an Landespolitik:					
- stark		72	65	68	63
- weniger stark		63	64	55	58

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Den größten Einfluss in der Landespolitik hat nach Ansicht von 29 Prozent der Nordrhein-Westfalen die Wirtschaft. Etwas weniger Befragte (24 %) meinen, den größten politischen Einfluss im Land habe die Landesregierung. 17 Prozent glauben dies vom Landtag, 11 Prozent von den Parteien. Nur wenige (zwischen 2 und 6 %) halten Presse, Verwaltung oder Gewerkschaften für am einflussreichsten in der Landespolitik.

▪ **Größter Einfluss in der Landespolitik I**

Den größten Einfluss in der Landespolitik hat/haben :	<u>%</u>
die Wirtschaft	29
die Landesregierung	24
der Landtag	17
die Parteien	11
die Presse	6
die Verwaltung	3
die Gewerkschaften	2

Fasst man Landtag und Parteien zur „Legislative“, Landesregierung und Verwaltung zur „Exekutive“ und Wirtschaft und Gewerkschaften zu „Interessensgruppen“ zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild: Mit 28, 27 bzw. 31 Prozent werden Legislative, Exekutive und Interessensgruppen in gleichem Maße als einflussreichste Größe in der Landespolitik eingeschätzt.

▪ **Größter Einfluss in der Landespolitik II**

	Den größten Einfluss in der Landespolitik hat/haben		
	<u>Legislative</u> <u>%</u>	<u>Exekutive</u> <u>%</u>	<u>Interessensgruppen</u> <u>%</u>
insgesamt	28	27	31
18- bis 29-Jährige	32	18	31
30- bis 44-Jährige	25	26	31
45- bis 59-Jährige	30	32	32
60 Jahre und älter	27	32	31
Arbeiter	32	9	36
Angestellte	27	28	32
Beamte	30	36	34
Selbständige	16	41	34
Rentner	29	32	27

8. Bekanntheit politischer Akteure

Die verschiedenen Politikebenen in der Bundesrepublik werden jeweils durch unterschiedliche politische Akteure repräsentiert. Um herauszufinden, inwieweit die Bürger die einzelnen politischen Ebenen nicht nur abstrakt, sondern auch konkret in Gestalt verschiedener Mandatsträger wahrnehmen, wurden die Bürger gefragt, welchen Akteur der jeweiligen Politikebene sie kennen.

Fast die Hälfte der Nordrhein-Westfalen kennt ein Mitglied des Rats ihrer Gemeinde. Einen für sie zuständigen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten bzw. einen Abgeordneten des Europaparlaments kennt jeweils ein Drittel aller Befragten.

Die Bekanntheit insbesondere der Ratsmitglieder, aber auch der Landtagsabgeordneten war im Jahr 1990 noch deutlich höher als im Jahr 2013.

Vor allem unter den jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürgern kennen nur wenige einen Akteur einer der vier politischen Ebenen in Deutschland und der EU.

Ratsmitglieder und Landtagsabgeordnete sind Bewohnern von kleineren Städten und Gemeinden (bis 100.000 Einwohner) häufiger bekannt als Bewohnern großer Städte. Bei der Bekanntheit von Bundestags- oder Europaabgeordneten zeigt sich dieser Unterschied nicht so ausgeprägt.

▪ Bekanntheit politischer Akteure

Es kennen ein/einen (für sie zuständigen)

		Mitglied des Rats ihrer Gemeinde	Landtags- abgeordneten	Bundestags- abgeordneten	Abgeordneten des Europaparlaments
		%	%	%	%
insgesamt:	1990	65	41	36	37
	2013	47	34	33	34
18- bis 29-Jährige		18	16	11	15
30- bis 44-Jährige		39	32	32	29
45- bis 59-Jährige		58	38	37	37
60 Jahre und älter		59	42	43	44
Arbeiter		36	34	21	15
Angestellte		43	31	33	35
Beamte		71	52	63	54
Selbständige		59	47	41	37
Rentner		59	42	41	44
Ortsgröße (Einwohner):					
- unter 20.000		67	46	38	37
- 20.000 bis 100.000		52	40	38	35
- 100.000 bis 500.000		43	34	34	37
- 500.000 und mehr		24	22	22	27

In der letzten Zeit haben 23 Prozent etwas über die Arbeit ihres Ratsmitglieds, 14 Prozent über die Arbeit ihres Landtagsabgeordneten und 13 Prozent etwas über die Arbeit ihres Bundestagsabgeordneten gehört.

▪ **Wahrgenommene Aktivitäten der Mandatsträger**

Es haben etwas über die Arbeit gehört des

	Mitglieds des Rats ihrer Gemeinde %	Landtags- abgeordneten %	Bundestags- abgeordneten %
insgesamt	23	14	13
18- bis 29-Jährige	8	2	1
30- bis 44-Jährige	15	11	12
45- bis 59-Jährige	31	17	14
60 Jahre und älter	31	20	19

Von denen, die etwas über die Arbeit der einzelnen Mandatsträger gehört oder gelesen haben, haben bei den Landtagsabgeordneten in etwa gleichem Maße etwas über deren Aktivitäten im Bereich der Schul- oder Finanzpolitik bzw. über lokale bzw. regionale Angelegenheiten bzw. Infrastrukturvorhaben gehört. Bei den Ratsmitgliedern werden insbesondere Aktivitäten im Bereich der jeweiligen Infrastrukturversorgung wahrgenommen. Die wahrgenommenen Aktivitäten der Bundestagsabgeordneten konzentrieren sich auf die Finanz- und Sozialpolitik.

▪ **Wahrgenommene Aktivitäten *)**

	MdL %	MdR %	MdB %
Schulpolitik	10	13	4
lokale, regionale Angelegenheiten	10	16	3
Infrastrukturmaßnahmen	8	39	3
Finanzen, Euro	8	17	14
Sozialpolitik	5	7	16
Energieversorgung	5	2	4
Verkehr	4	7	1
allgemeine Aktivitäten	23	12	30

*) Basis: Jeweils diejenigen, die etwas über die Arbeit ihres Ratsmitglieds, Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten gehört oder gelesen haben

An einen Abgeordneten einer der vier Politikebenen haben sich 2013 ähnlich viele Bürger wie schon 1990 gewandt.

Überdurchschnittlich häufig haben sich Selbständige an einen Mandats-träger gewandt.

▪ **Kontakt zu einem Abgeordneten**

Es haben sich schon einmal gewandt an ein/einen

		Mitglied des Rats ihrer Gemeinde	Landtags- abgeordneten	Bundestags- abgeordneten	Abgeordneten des *) Europaparlaments
		%	%	%	%
insgesamt:	1990	12	4	5	0
	2013	10	5	5	1
18- bis 29-Jährige		3	0	1	0
30- bis 44-Jährige		10	5	5	1
45- bis 59-Jährige		11	4	6	1
60 Jahre und älter		11	7	6	2
Arbeiter		3	1	1	0
Angestellte		10	4	4	1
Beamte		16	3	3	1
Selbständige		19	10	9	5
Rentner		12	8	5	1

*) Mehrfachnennungen möglich

Von denen, die sich an einen Abgeordneten einer der Politikebenen gewandt haben, haben sich 22 Prozent wegen diverser Baumaßnahmen oder Infrastrukturplanungen, 12 Prozent wegen Schul- oder Bildungsthemen an einen Abgeordneten gewandt.

▪ Grund des Kontakts mit Mandatsträgern *)

	<u>%</u>
Baumaßnahmen, Infrastruktur	22
Schule, Bildung	12
Finanzen	5
Rente	4
Kinderbetreuung	4
Umwelt	3
Sozialpolitik	3
Ausländer, Integration	1
Einrichtungen für Senioren	1
Bundeswehr	1
Verbraucherschutz	2
allgemeines	17
regionales, lokales	17
beruflicher Hintergrund	4
Sonstiges	11

*) Basis: Befragte, die sich schon einmal an einen Abgeordneten gewandt haben

9. Meinungen zum Föderalismus

Herausgefunden werden sollte im Rahmen der Untersuchung auch, wie die Bürger des Landes die Kompetenzverteilungen zwischen der Bundes- und der Landespolitik sehen.

Ähnlich viele wie bereits 1990 (1990: 43 %; 2013: 41 %) sind auch aktuell der Meinung, dass in der Bundesrepublik alles einheitlich geregelt werden sollte. Deutlich mehr Bürger als 1990 (55 %) würden es bevorzugen, wenn der Landtag und die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit hätten, eigene Lösungen zu finden, die für das Land und die Bürger passen.

Etwas häufiger für bundeseinheitliche Regelungen sprechen sich lediglich die über 60 Jahre alten Bürger aus. Die anderen Bevölkerungsgruppen sind mehrheitlich jeweils für die Möglichkeit landesspezifischer Lösungen. Besonders ausgeprägt ist diese Ansicht unter Beamten.

▪ Bundeseinheitliche oder länderspezifische Regelungen?

		Es sind für	
		bundeseinheitliche Lösungen	eigene Lösungen in *) Nordrhein-Westfalen
		_____ %	_____ %
insgesamt:	1990	43	41
	2013	41	55
18- bis 29-Jährige		37	63
30- bis 44-Jährige		41	56
45- bis 59-Jährige		35	60
60 Jahre und älter		50	47
Arbeiter		35	60
Angestellte		45	52
Beamte		34	66
Selbständige		34	58
Rentner		46	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „teils/teils“

Zur Stärkung des Landtags im politischen Entscheidungsgefüge gibt es einige Vorschläge, die den Befragten mit der Bitte um Einschätzung vorgegeben wurden, für wie sinnvoll sie den jeweiligen Vorschlag halten.

Fast drei Viertel (74 %) aller Befragten sind für eine Ausweitung der Informationsrechte des Landtags gegenüber der Landesregierung.

Etwas weniger als zwei Drittel (62 %) halten den Vorschlag, dass die Einflussmöglichkeiten des Landtags auf Entscheidungen der EU gestärkt werden sollten, für sinnvoll.

Eine Übertragung bisheriger Aufgaben und Kompetenzen des Bundes auf die Ebene der Bundesländer hält etwa die Hälfte der Befragten (48 %) für sinnvoll.

▪ **Stärkung des Landtags im politischen Entscheidungsgefüge**

	Den Vorschlag halten für	
	sinnvoll %	wenig bzw. über- *) haupt nicht sinnvoll %
Die Informationsrechte des Landtags gegenüber der Landesregierung sollten ausgeweitet werden	74	17
Die Einflussmöglichkeiten des Landtags auf Entscheidungen der Europäischen Union sollten gestärkt werden	62	35
Einige bisherige Aufgaben und Kompetenzen des Bundes sollten auf die Ebene der Bundesländer übertragen werden	48	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Vorschläge, wie der Landtag im politischen Entscheidungsgefüge gestärkt werden bzw. wie die Arbeit des Landtags verändert oder verbessert werden könnte, machen 15 bzw. 23 Prozent der Befragten.

Von denen, die Vorschläge zur Stärkung des Landtags im politischen Entscheidungsgefüge oder zur Verbesserung bzw. Veränderung der Arbeit des Landtags haben, werden vor allem mehr Bürgernähe bzw. Eingehen auf die Bürger gewünscht oder eine Stärkung des Einflusses der Bürger.

10. Interessensvertretung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft

Dass heute immer mehr Fragen, die für die Bürger von Bedeutung sind, innerhalb der gesamten Europäischen Union einheitlich geregelt werden, finden 36 Prozent der Bürger von Nordrhein-Westfalen richtig, 47 Prozent nicht richtig.

Nicht richtig finden die einheitlichen Regelungen in der EU insbesondere die älteren, über 45 Jahre alten Bürger, Beamte und Selbständige.

▪ Meinungen zur Entscheidungskompetenz der Europäischen Union

Dass immer mehr Fragen, die für die Bürger von Bedeutung sind, heute innerhalb der gesamten Europäischen Union einheitlich geregelt werden, finden

	richtig %	nicht richtig %	teils/teils %
insgesamt	36	47	17
18- bis 29-Jährige	49	37	14
30- bis 44-Jährige	37	47	16
45- bis 59-Jährige	33	51	16
60 Jahre und älter	32	49	19
Arbeiter	47	43	10
Angestellte	39	45	16
Beamte	28	60	12
Selbständige	33	55	12
Rentner	32	50	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2013 sind deutlich mehr Bürger (63 %) als noch 1990 der Ansicht, dass gerade in einem einheitlichen Europa die einzelnen Bundesländer wichtiger werden, weil sie sich besser als der Bund um die Interessen der Bürger kümmern können und auch eher die Sorgen und Nöte der Menschen kennen. Für eine reine Interessenvertretung der Bürger in Europa durch die Bundesregierung sind lediglich 32 Prozent der nordrhein-westfälischen Wahlbürger.

▪ **Interessensvertretung in Europa**

Es stimmen eher zu:

		Interessen der Bürger in Europa können nur noch von der Bundesregierung vertreten werden	In einem einheitlichen Europa *) werden die einzelnen Bundes- länder wichtiger
		%	%
insgesamt:	1990	40	48
	2013	32	63
18- bis 29-Jährige		31	66
30- bis 44-Jährige		39	54
45- bis 59-Jährige		32	64
60 Jahre und älter		28	66
Arbeiter		23	71
Angestellte		40	58
Beamte		42	55
Selbständige		44	48
Rentner		28	67

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

11. Zusammenfassung

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen haben trotz der recht großen Heterogenität des Landes eine hohe Identifikation mit „NRW“ und leben gerne im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland.

Wie die Bundesbürger insgesamt sind auch die nordrhein-westfälischen Bürger nach wie vor am politischen Geschehen recht interessiert, wobei das Interesse für die Bundespolitik ausgeprägter ist als das Interesse für die Landespolitik.

Über das landespolitische Geschehen informieren sich die Bürger auch 2013 wie schon 1990 mithilfe der „klassischen“ Medien Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen (das allerdings mit nachlassender Tendenz) und durch persönliche Gespräche. Das Internet tritt 2013 hinzu – vor allem bei den jüngeren Bürgern.

Bei aller Unzufriedenheit mit der derzeit praktizierten Politik wird die Demokratie als Regierungsform von der übergroßen Mehrheit auch der nordrhein-westfälischen Bürger nicht in Frage gestellt. Allerdings äußern einige den Wunsch nach mehr direkten Beteiligungsmöglichkeiten (von denen aber – werden sie tatsächlich angeboten – meist nur relativ wenige Bürger auch Gebrauch machen). Dieser Wunsch kann als Hinweis dafür gesehen werden, dass sich die Bürger wegen ihres Unmuts über die praktizierte Politik und der in vielfältiger Form zu beobachtenden Entfremdung zwischen Politik und Bürgern einen Abbau dieser Distanz und wieder mehr Nähe der Politiker zu den Bürgern erhoffen.

Von den politischen Institutionen hat die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung bei den NRW-Bürgern das höchste Vertrauen. Die Mandatsträger vor Ort (Ratsmitglieder) werden von den Bürgern auch in stärkerem Maße in ihrer Arbeit wahrgenommen als Landtags-, Bundestags- oder Europaabgeordnete. Bei den Medien genießt das Radio das größte, das Fernsehen das geringste Vertrauen. Zum Fernsehen haben sogar weniger Bürger Vertrauen als zu den meisten politischen Institutionen.

Den Landtag von Nordrhein-Westfalen würden die meisten Bürger (sofern nicht schon geschehen) gerne einmal besuchen. Nur wenige zeigen hierfür kein Interesse. Über die Arbeit des Landtags wird nach Meinung der Bürger allerdings zu wenig berichtet: jeder zweite würde gerne mehr über die Arbeit des Landtags erfahren. Von denen, die in letzter Zeit etwas über die Arbeit des Landtags erfahren haben, wurden vor allem die Diskussionen über den Landeshaushalt sowie über die Schul- und Bildungspolitik des Landes wahrgenommen.

Das Wissen über die Zusammensetzung des Landtags ist in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung auch 2013 wie schon 1990 recht groß. Nicht so viele Bürger wissen allerdings darüber Bescheid, wer die derzeitige Landesregierung bildet.

Während 1990 der Landtag aus Sicht der Bürger vor allem die Aufgabe hatte, die Interessen der Bürger gegenüber Regierung und Verwaltung zu vertreten, wird von ihm 2013 daneben auch erwartet, dass er die Landesregierung bildet, unterstützt, aber auch kontrolliert. Das dürfte damit zusammenhängen, dass es heute viel schwieriger ist als nach den Landtagswahlen 1980, 1985 und 1990 eine regierungsfähige Mehrheit zu finden und Vorhaben im Landtag ohne große Kontroversen zu verabschieden.

Dass immer mehr Fragen, die für die Bürger von Bedeutung sind, heute innerhalb der gesamten Europäischen Union einheitlich geregelt werden, halten viele Bürger für bedenklich und meinen in noch stärkerem Maße als schon 1990, dass in einer solch „dominanten“ EU die einzelnen Bundesländer wichtiger werden und in ihrer Kompetenz gestärkt werden sollten. Offenbar fürchten die Bürger bei der ohnehin schon verbreiteten Unzufriedenheit mit der praktizierten Politik, dass ihre Ängste und Sorgen bei einer stärkeren Kompetenzfokussierung auf die EU untergehen.

Alles in allem zeigen die Befunde der vorliegenden Untersuchung, dass die Bürger in Nordrhein-Westfalen am politischen Geschehen in ihrem Land durchaus Interesse haben. Dem könnte mit einer ausführlicheren Berichterstattung in den Medien als es heute der Fall ist auch Rechnung getragen werden. Der Landtag selbst könnte sich durch eine stärkere Präsenz in dieser landespolitischen Berichterstattung noch besser als heute als Anwalt der Interessen der Bürger profilieren und so seinen Beitrag zur Reduzierung des Unmuts vieler Bürger über die praktizierte Politik leisten.